



Soziale Zeitbombe entschärfen

Forderung 55 Massnahmen gegen Armut von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz

Im Kampf gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen schlägt die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen eine Reihe von Massnahmen vor. Zum Beispiel einen Fonds, den Konsumkredit-Institute speisen sollen.

CORINNA HAURI

45 Prozent der Sozialhilfebezüger in der Schweiz sind zwischen 0 und 25 Jahre alt, ein Prozent über 65 Jahre», sagte Pierre Maudet, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) gestern vor den Medien in Bern bei der Präsentation des Berichtes «Jung und arm – das Tabu brechen». In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass 100 000 Kinder und Jugendliche in einer prekären Situation leben. «Im 20. Jahrhundert wurde ein offensichtlich erfolgreiches Sozialsystem gegen die Armut älterer Menschen geschaffen, das Thema des 21. Jahrhunderts ist die Armut von Kindern und Jugendlichen», so der 29-jährige Maudet.

Die EKKJ hat deshalb gestern eine Analyse zur Situation von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen

vorgelegt, ergänzt durch einen Katalog mit 55 Massnahmen gegen dieses Problem (siehe auch unten).

«Am dringendsten ist der Bereich der Bildung», sagte Maudet im Gespräch mit der MZ. «Denn es gibt Jugendliche, die mit 15 Jahren ohne Perspektive dastehen – und das sind diejenigen, die wir beispielsweise im Bereich der Jugendgewalt wiederfinden.» Der Staat müsse über die obligatorische Schulzeit hinaus die Verantwortung übernehmen für die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt. Als weitere Massnahme sieht die EKKJ einen Fonds für Berufsausbildung, der nach dem Vorbild verschiedener Kantone auf nationaler Ebene geschaffen werden solle.

Neues urbanes Phänomen geortet

Maudet, Mitglied des Genfer Stadtrates, ortet zudem ein Phänomen, das in den letzten Jahren schnell gewachsen sei und alle grösseren Städte erfasse: «15-Jährige, die ihre obligatorische Schulzeit beenden, so aus den Statistiken verschwinden und mit 18 in den Statistiken wieder auftauchen, mit Schulden von 10 000 oder 30 000 Franken.» Unterdessen habe gut ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen in der Deutsch-

schweiz Schulden, ergänzte EKKJ-Vizepräsidentin Anna Sax.

Die EKKJ fordert deshalb, dass Konsum-Kreditinstitute ein Prozent ihres Umsatzes von rund fünf bis sechs Milliarden in einen Fonds zugunsten von Schulden- und Budgetberatungsstellen einbezahlen. Maudet wies auf einen ähnlichen, bereits funktionierenden Fonds hin: Der Fonds der Casinos zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht. Der neue Fonds soll laut Sax in einer ersten Phase freiwillig sein, «wenn dies aber nicht klappt, braucht es ein Gesetz». Ein Werbeverbot für Konsumkredite ist eine weitere Forderung der EKKJ.

Mit ihrem Bericht und den vorgeschlagenen Massnahmen will die EKKJ ein Tabu brechen und eine Diskussion anregen, in der Politik, der Gesellschaft und in der Jugendarbeit. «Ich werde diesen Bericht zudem auch bei meinem nächsten Treffen mit Bundesrat Couchepin thematisieren», kündigte Kommissionspräsident Maudet an. Er ist sich bewusst, dass die Massnahmen auch finanziert werden müssen. Er ist aber überzeugt, dass die Politik hier einen Schwerpunkt schaffen sollte – «um die soziale Zeitbombe zu entschärfen.»

www.ekkj.ch

Vom Sackgeld bis zur Kinderbetreuung

Die 55 Massnahmen, welche die EKKJ vorschlägt, sind aufgeteilt in 10 Bereiche. Die Forderungen richten sich an Staat, Wirtschaft, aber auch an die Eltern und die Gesellschaft.

Eine Auswahl der Massnahmen:

Ein Tabu brechen

- gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung von Armut
- Familienergänzende Kinderbetreuung**
- Ausbau des Angebotes
- flexible Öffnungszeiten
- Obligatorische Schulzeit**
- Kindergartenobligatorium ab dem 4. Altersjahr

- Hausaufgabenhilfe für Chancengleichheit

Mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen

- Coaching für Schüler, damit sie den nationalen Bildungsstandard erreichen

Berufliche Eingliederung von Jugendlichen

- 10. Schuljahr gratis
- Coaching ab der 7. Klasse, während der ganzen Lehre und den ersten drei Jahren in der Arbeitswelt für schwächere Schüler
- Chancengleichheit bei Stipendien und Studiendarlehen**
- Einrichtung von Kassen für zins-

lose Darlehen

Konsumieren ohne Schulden

- Sackgeld ab dem 6. Altersjahr, damit Umgang mit Geld erlernt werden kann

Gesunder Lebensstil für alle

- 3 Stunden Sportunterricht und Hauswirtschaftsunterricht für alle
- Neuorientierung der ausserschulischen Jugendarbeit**
- kostenlose niederschwellige Angebote

Nachhaltige Familienpolitik

- Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien
- Keine Steuern auf Existenzminimum (CHA)



Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

| <i>Titel</i> | <i>Auflage</i> |
|-----------------------|----------------|
| AZ Aarau | 21'079 |
| AZ Baden/Zurzach | 32'479 |
| AZ Brugg | 10'480 |
| AZ Fricktal | 7'169 |
| AZ Lenzburg | 11'618 |
| AZ Wynental/Zofingen | 6'363 |
| AZ Freiamt | 13'174 |
| Limmattaler Tagblatt | 10'360 |
| Solothurner Zeitung | 24'979 |
| Grenchner Tagblatt | 4'976 |
| Berner Rundschau | 4'675 |
| Langenthaler Tagblatt | 5'806 |
| Oltner Tagblatt | 19'093 |
| Zofinger Tagblatt | 15'411 |